



## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 178. Ratssitzung vom 10. Dezember 2021**

### **Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2021/246 und 2021/442**

#### **4734. 2021/246**

**Weisung vom 09.06.2021:**

**Immobilien Stadt Zürich, Einbau einer Sekundarschule im Radiostudio Brunnenhof, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Einbau einer Sekundarschule, eines schulkreisübergreifenden Zentrums von Musikschule Konservatorium Zürich und den neuen Standort der Kreisschulbehörde Waidberg im Radiostudio Brunnenhof, sowie die Gebäudeentschädigung wird ein Objektkredit von 82,2 Millionen Franken bewilligt. Der Kredit für die baulichen Massnahmen erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Zürcher Index der Wohnbaupreise, Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Ziffer A. übernimmt die Stadt ein selbstständiges und dauerndes Baurecht zu Lasten des Grundstücks Kat.-Nr. UN4353 für den Einbau einer Sekundarschule in das Radiostudio Brunnenhof mit einer Baurechtsdauer von 50 Jahren und einem Baurechtszins von jährlich Fr. 420 000.–, gestützt auf den am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen (Beilage 1). Der dem Baurechtszins zugrundeliegende Landwert wird alle fünf Jahre zu 80 Prozent der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst (Preisstand: Zeitpunkt des Vertragsvollzugs).
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die beiden Optionen zur Verlängerung der Baurechtsdauer um zwei Mal 25 Jahre gemäss dem am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen auszuüben.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2021/246 und 2021/442.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

**Stefan Urech (SVP):** Seit rund 90 Jahren sendet SRG/SRF vom Radiostudio aus. Der historische Gebäudekomplex wurde 1933, 1937 und 1967 in drei verschiedenen Etappen erbaut. Es waren Architekten mit klingenden Namen wie Otto Dürr, Willy Roost oder Max Bill beteiligt. Der letzte Bau war das Hochhaus, das man vom Tram aus am besten



sieht. Es war ursprünglich als Berufsschule geplant worden, wurde dann aber als Bürohaus genutzt. 55 Jahre später soll nun in diesem Turm doch noch Pädagogik Einzug halten. Die Radiostudios werden in das Fernsehstudio Leutschenbach verlegt. Die Stadt Zürich benötigt Land, um den Schulraumbedarf decken zu können. Sie darf das Grundstück nun für 100 Jahre im Baurecht übernehmen. Im Dezember 2022 soll es soweit sein. Der Standort soll hauptsächlich als Sekundarschulstandort für insgesamt 15 Klassen und rund 460 Schülerinnen und Schüler genutzt werden. Der Standort soll aber nicht nur Platz für Schulklassen bieten, sondern auch Platz für ein schulübergreifendes Zentrum für die Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) und auch zusätzlichen Raum für die Kreisschulpflege Waidberg, die an ihrem aktuellen Standort in Platznot kommt. Mit der vorliegenden Weisung wird der Stadtrat auch einem Vorstoss der SVP gerecht, in dem gefordert wird, dass man sich, statt neue Schulgebäude zu bauen, bevorzugt in bestehende Räumlichkeiten einmieten soll. Diese Forderung wird im vorliegenden Fall umgesetzt. Der Gebäudekomplex soll in drei Etappen umgebaut werden. In der ersten Etappe werden 15 Klassenzimmer im Turm erstellt. Die Musiksäle, in denen Konzerte stattgefunden haben, können künftig gut von der Musikschule verwendet werden. In einer zweiten Etappe, über die wir heute noch nicht abstimmen, die aber zum Gesamtprojekt gehört, soll der etwas hinter dem Büroturm liegende Sendetrakt ersetzt werden. Es handelt sich beim Sendetrakt um das einzige Gebäude, das nicht unter Denkmalschutz steht. Dieses Gebäude soll durch einen Neubau ersetzt werden. Dies hat in der Kommission von links bis rechts für Stirnrunzeln gesorgt. Im grossen Bürogebäude würden Schulklassen unterrichtet werden, während es nebenan eine Baustelle gibt, auf der ein Gebäude abgerissen und ein ganz neues Gebäude aus dem Boden gestampft wird. Dies wird zu erheblichem Lärm führen. In meinem Schulhaus, in dem ich unterrichte, wird im Stockwerk oberhalb meines Klassenzimmers gebaut. Baulärm während des Unterrichts ist extrem mühsam. Ich bin gespannt, wie die Kreisschulpflege diese Herausforderung lösen wird. Die dritte Etappe wird aus der Gesamtinstandsetzung bestehen. Wir stimmen heute aber nur über die erste Etappe ab. Das Grossprojekt ist notwendig, weil der Schulraumbedarf in den nächsten acht Jahren im Schulkreis Waidberg um 25 Prozent, im Schulkreis Glattal um 21 Prozent steigen wird. Auch die MKZ platzt aus allen Nähten. Die Auditorien und Musikräumlichkeiten eignen sich übrigens auch sehr gut für Auftritte des Zurich Jazz Orchestra. Sie wurden bereits jetzt dafür verwendet, ebenso wie vom Collegium Novum, das wie das Zurich Jazz Orchestra ebenfalls von der Stadt unterstützt wird. Die Schulzimmer im Bürogebäude werden in Cluster-Form gebaut, so dass man verschiedene Räumlichkeiten unterschiedlich nutzen kann. So zum Beispiel kann ein Gruppenraum auch als Klassenzimmer genutzt werden und umgekehrt. Die Räumlichkeiten der Kreisschulpflege werden mit dem Konzept [worksmart@zurich](https://www.zurich.ch/worksmart) gebaut, mit Desk-Sharing und so weiter. Es wird alles auf dem neusten Stand und gut durchdacht sein. Zu den Aussenanlagen: Es soll verschiedene sportliche Möglichkeiten geben wie zum Beispiel Kletterwürfel, Zürichfit-Anlagen oder Parcours-Elemente und viele weitere Elemente. Zudem werden 29 Autoparkplätze und 180 Veloparkplätze entstehen. Zu den Kosten: Insgesamt geht es um einen Objektkredit von 82,2 Millionen Franken. Davon sind 58,2 Millionen Franken für Umbauten und 24 Millionen Franken für die Gebäudeentschädigung vorgesehen. Das Baurecht kostet jährlich 420 000 Franken. Die Kommission hat das Geschäft beraten, die dazugehörigen Fragen gestellt und empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



Kommissionsmehrheit Änderungsantrag / Kommissionsreferent Schlussabstimmungen:

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne):** Das Areal Brunnenhof liegt gemäss der Fachplanung Hitzeminderung im Massnahmegebiet 2. Das heisst, dass tagsüber eine Verbesserung der klimatischen Situation notwendig ist. Im Bauprojekt Brunnenhof Phase 1 sind deshalb gewisse Massnahmen zur Hitzeminderung vorgesehen. Beispielsweise wird der Versiegelungsgrad der Aussenflächen auf dem Areal Brunnenhof reduziert. In Ergänzung dazu beantragen wir Grünen, dass die Dächer der verschiedenen Gebäude klimaökologisch begrünt werden. Dies dient nicht nur dem Stadtklima, sondern auch der Biodiversität und der ökologischen Vernetzung. Es dient auch der Hitzeminderung im Inneren des Gebäudes. Über die Auswirkungen der Hitze im Schulhaus kann ich aus erster Hand berichten. Ich habe jahrelang in einem Schulhaus mit unbegrüntem Flachdach und in Schulzimmern, die unmittelbar unter dem Dach liegen, gearbeitet. Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler leiden dort an heissen Sommertagen stark unter der Hitze. Das Lernen ist beeinträchtigt. Die Jugendlichen können sich im Unterricht kaum noch konzentrieren. Eine Dachbegrünung würde solche Situationen verbessern. Das Radiostudio Brunnenhof besteht aus mehreren Gebäuden mit Flachdächern. Der Stadtrat plant, die klimaökologische Begrünung der Dachlandschaft erst 2035 im Rahmen der Bauphase 3 zu prüfen und allenfalls zu realisieren. In Anbetracht der fortschreitenden Klimaerwärmung ist dieser Zeitpunkt zu spät. Die Schülerinnen und Schüler sowie das Schulpersonal sollen von Beginn an von der Hitzeminderung, die von einer begrünten Dachlandschaft ausgeht, profitieren können. Deshalb bitte ich den Rat im Namen der Kommissionsmehrheit, der Dispoänderung zuzustimmen. Die Mehrheit der Kommission hält den Einbau einer Sekundarschule im Radiostudio Brunnenhof für sehr sinnvoll und bittet den Rat, dem Objektkredit und dem Baurechtsvertrag zuzustimmen.

Kommmissionsminderheit Änderungsantrag:

**Christian Huser (FDP):** Wir lehnen den Dispoänderungsantrag der Grünen ab. Wie wir bei der Vorstellung der Weisung gehört haben, kostet bereits die erste Etappe 82,2 Millionen Franken. Der Bezug soll voraussichtlich im Jahr 2025 stattfinden. Die Inbetriebnahme ist auf das Schuljahr 2025/2026 vorgesehen. Bei der ersten Etappe sollen neben den sonstigen Massnahmen zur Hitzeminderung, wie zum Beispiel die Entsiegelung der Böden, nun noch ergänzend die Dächer der verschiedenen Gebäude begrünt werden, auch wenn diese unter Denkmalschutz stehen. Die Verwaltung hat darauf hingewiesen, dass man dies prüfen könne, aber dass die Massnahme nur temporär umgesetzt werden könne, da in der dritten Etappe die gesamte Gebäudehülle instand gesetzt werden müsse. Es sei zudem fraglich, ob die temporäre Begrünung nach der Sanierung weiterhin genutzt werden könne. Dies müsste gemäss Verwaltung zuerst noch geprüft werden. Somit ist noch gar nichts sicher. Man gibt einfach einmal zusätzlich Geld aus. Davon hat die Stadt genug, wie wir heute im Rahmen der Budgetdebatte gehört haben. Die Grünen bestehen darauf, dass die Begrünung mit dem Dispoänderungsantrag umgesetzt wird. Für ein paar Jahre sollen 200 000 Franken und mehrere 10 000 Franken für den Unterhalt einer Dachbegrünung ausgegeben werden. Wir können nicht verstehen, dass man auf diese Weise mit den Steuergeldern umgeht. Man könnte meinen, das Geld falle vom Himmel. Wir lehnen den Dispoänderungsantrag klar ab.



**Sven Sobernheim (GLP)** begründet das Postulat GR Nr. 2021/442 (vergleiche Beschluss-Nr. 4587/2021): Das Begleitpostulat entstand aus der Weisung und bis zu einem gewissen Grad auch aus der Budgetdiskussion. In der Weisung steht in einem Nebensatz, dass die Räume, die durch den Umzug der Kreisschulbehörde Waidberg frei werden, teilweise wieder als Wohnraum und für den Schulpsychologischen Dienst genutzt werden sollen. Wie wir im Rahmen der Budgetberatung gesehen haben, sieht der Stadtrat für den Ausbau des Schulpsychologischen Diensts aber nicht wirklich Bedarf. Es ist auch nicht klar, warum der Stadtrat beim Schulpsychologischen Dienst nicht vermehrt schulkreisübergreifend zusammenarbeitet. Deshalb ist das Postulat entstanden. Wir fordern, dass der Stadtrat den Schulpsychologischen Dienst über die ganze Stadt hinweg betrachtet und eine entsprechende Zusammenarbeit fördert. Wir sind überzeugt, dass es dann den neuen Standort oder den Ausbau des Standorts nicht brauchen würde und die Räumlichkeiten wieder als Wohnungen genutzt werden können. Zur Weisung: Wir stimmen dem Objektkredit zu und unterstützen den Antrag zur Dachbegrünung aus klimatischen Gründen.

**Walter Angst (AL)** begründet den namens der AL-Fraktion am 1. Dezember 2021 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2021/442: Das Gebäude der Kreisschulpflege an der Rotbuchstrasse beherbergt nicht nur die Kreisschulpflege, sondern auch den Schulpsychologischen Dienst und meines Wissens auch weitere Nutzungen. Wir sind der Meinung, dass es momentan nicht notwendig ist zu beschliessen, dass dieses Gebäude leergeräumt werden soll. Es stellt sich die Frage, wo die Nutzungen hinkommen sollen. Es handelt sich um einen geeigneten Standort im Schulkreis. Er ist relativ zentral. Wir bitten deshalb darum, dass auf eine Überweisung des Postulats verzichtet wird.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Bartholdi (SVP):** Die SVP wechselt aus der Enthaltung in die Ablehnung. Es geht um 82 Millionen Franken und somit um sehr viel Geld. Eigentlich ist das Projekt zu teuer. Es handelt sich um ein bestehendes Haus. Natürlich muss man 24 Millionen Franken abgeben. Aber der Betrag ist sehr hoch und mit ein Grund dafür, dass wir dem Projekt kritisch gegenüberstehen. Aber nicht nur das: Wenn man die vorgesehenen Räume addiert, ohne die Räumlichkeiten, die für Sport, für die MKZ oder für die Kreisschulpflege eingeplant sind, kommt man auf fast 150 Räume. Davon sind 15 für Klassenzimmer vorgesehen. Diese Zahl macht lediglich 10 Prozent der gesamten Anzahl Räume aus. Dies ist aus unserer Sicht ein ungesundes Verhältnis. Natürlich braucht es Räumlichkeiten für Gruppenräume oder Werkräume, aber es muss auch möglich sein, dass man gewisse Räumlichkeiten für mehrere Aktivitäten nutzen kann oder dass man zum Beispiel Aufenthaltsräume als Gruppenräume einsetzen kann. Es gibt insgesamt 9 Aufenthaltsräume. Man kann sicherlich den einen oder anderen davon auch einmal für Gruppenarbeiten verwenden. Für 15 Klassenzimmer muss dies möglich sein. Die SVP lehnt die Weisung deshalb ab. Nicht, weil wir grundsätzlich gegen das Schulhaus wären, sondern, weil wir mit der diesbezüglichen Planung nicht einverstanden sind.



**Dr. Balz Bürgisser (Grüne):** Zuerst eine kleine Replik auf die Aussagen der SVP: Aufgrund ihrer Aussagen könnte man verunsichert sein, ob tatsächlich zu viele Räume in diesem Schulhaus vorhanden sind. Das Raumprogramm Brunnenhof entspricht jedoch dem Minimum der kantonalen Vorgaben. Die 140 Räume, die die SVP erwähnt hat, beinhalten jede Besenkammer und unter anderem 35 Toiletten. Diese braucht es bei hunderten von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen und Betreuungspersonal. Ebenso zählen 20 kleine Reinigungs- und Lagerräume dazu. Es gibt 15 Klassenzimmer und 9 Gruppenräume. Diese braucht es für einen modernen Unterricht. Es gibt 14 Fachzimmer für Naturwissenschaften und technisches und textiles Werken. Diese Räumlichkeiten sind auf der Sekundarstufe notwendig. Die 140 Räume sind das Minimum, das für einen modernen Unterricht auf der Sekundarstufe benötigt wird. Zum Postulat: Wir Grünen begrüssen es grundsätzlich, dass in Zürich zusätzliche bezahlbare Wohnungen entstehen. Im vorliegenden Fall ist aber auch der Raumbedarf des Schulpsychologischen Diensts zu berücksichtigen. Der Schulpsychologische Dienst fühlt sich in seiner aktuellen Liegenschaft wohl. Es handelt sich um eine städtische Liegenschaft, die zentral im Quartier und im Schulkreis Waidberg gelegen ist. Der Schulpsychologische Dienst leidet jedoch unter engen Platzverhältnissen. Sämtliche Arbeitsplätze im 2. Stock sind mehrfach belegt. Die Arbeitslast des Schulpsychologischen Diensts hat sich in den vergangenen Jahren erhöht. Das liegt hauptsächlich an der grossen Zunahme der Anzahl Schülerinnen und Schüler im Schulkreis Waidberg. In den letzten acht Jahren ist diese Anzahl um 1600 Schülerinnen und Schüler angestiegen. Das sind 75 Klassen mehr. Aktuell und vielleicht auch in Zukunft ist es so, dass wegen der Corona-Pandemie mehr Verhaltensauffälligkeiten bei den Jugendlichen auftreten und somit mehr Beratungen von Seiten des Schulpsychologischen Diensts nötig sind. Um diese Mehrarbeit zu bewältigen, wurden die Stellen im Schulpsychologischen Dienst Waidberg moderat aufgestockt, ohne dass jedoch zusätzlicher Raum zur Verfügung gestellt wurde. Mit dem Umzug der Kreisschulbehörde Waidberg ins Schulareal Brunnenhof besteht ab 2025 die Gelegenheit, den Raumbedarf des Schulpsychologischen Diensts am bisherigen Ort abzudecken. Diese Möglichkeit sollte die Stadt nutzen. Zumindest sollte sie sich diese Option offenhalten. Eine andere Option wäre der Umzug des Schulpsychologischen Diensts in eine andere städtische Liegenschaft, die mehr Platz bietet. Dabei wäre zu beachten, dass der Schulpsychologische Dienst im Schulkreis verwurzelt bleibt. Der Standort müsste zentral gelegen sowie für Kinder und Eltern gut erreichbar sein. Deshalb sollte der heutige gute Standort mindestens als Option offen bleiben. Dies wird durch die Formulierung im Postulatstext jedoch verunmöglicht. Deshalb schlagen wir Grünen zusammen mit der SP eine Textänderung vor, die die SP noch vorstellen wird.

**Lisa Diggelmann (SP):** Wenn die Anzahl Schülerinnen und Schüler ansteigt, ist die logische Folge, dass nicht nur der Schulraum erweitert werden muss, sondern auch die mit der Schule zusammenhängenden Angebote mitwachsen müssen. Für uns ist unbestritten, dass der Schulpsychologische Dienst im Schulkreis Waidberg dringend mehr Platz benötigt. Das Gebäude an der Rotbuchstrasse ist an einem sehr zentralen Ort im Schulkreis gelegen, aber als Verwaltungsgebäude nicht ideal, da es beispielsweise nicht barrierefrei zugänglich ist. Die Liegenschaft wurde als Wohngebäude konzipiert. Der bezahlbare Wohnraum in Zürich ist knapp. Wir teilen die Meinung der GLP, dass die bestehenden Büroräumlichkeiten wenn möglich wieder dem Wohnraum zugeführt werden



*sollten. Dies sollte aber nicht auf Kosten des Schulpsychologischen Diensts oder der Schulgesundheitsdienste erfolgen. Es ist wichtig, dass der Schulpsychologische Dienst niederschwellig gut erreichbar und zentral im Schulkreis gelegen ist. Deshalb schlägt die SP gemeinsam mit den Grünen folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der bisherige Büroraum der Kreisschulpflege Waidberg als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann, sobald der Raumbedarf der Schulgesundheitsdienste im Schulkreis Waidberg abgedeckt ist.»*

**Ronny Siev (GLP):** *Ich finde es sehr gut, dass wir nun ein bereits existierendes Gebäude in Schulraum umwandeln konnten. Weniger gut gefiel uns die Textänderung. Wir glauben, dass es den Schulpsychologischen Dienst braucht, aber nicht auf diese Art und Weise. Es gibt andere Optionen wie zum Beispiel den Ort, an den auch die Kreisschulbehörde hinzieht. Deshalb lehnen wir die Textänderung ab. Wir bedanken uns für die Unterstützung unseres Postulats.*

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Einbau einer Sekundarschule, eines schulkreisübergreifenden Zentrums von Musikschule Konservatorium Zürich und den neuen Standort der Kreisschulbehörde Waidberg im Radiostudio Brunnenhof, sowie die Gebäudeentschädigung und die klimaökologische Begrünung der Dachlandschaft wird ein Objektkredit von 82,282,4 Millionen Franken bewilligt. Der Kredit für die baulichen Massnahmen erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Zürcher Index der Wohnbaupreise, Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Minderheit:	Christian Huser (FDP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP)
Enthaltung:	Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP)
Abwesend:	Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Dispositivpunkt A

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum bereinigten Dispositivpunkt A.



7 / 8

Zustimmung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)  
Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP)  
Abwesend: Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 99 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte B1–B2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten B1–B2.

Zustimmung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)  
Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP)  
Abwesend: Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Einbau einer Sekundarschule, eines schulkreisübergreifenden Zentrums von Musikschule Konservatorium Zürich und den neuen Standort der Kreisschulbehörde Waidberg im Radiostudio Brunnenhof, sowie die Gebäudeentschädigung und die klimaökologische Begrünung der Dachlandschaft wird ein Objektkredit von 82,4 Millionen Franken bewilligt. Der Kredit für die baulichen Massnahmen erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Zürcher Index der Wohnbaupreise, Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Ziffer A. übernimmt die Stadt ein selbstständiges und dauerndes Baurecht zu Lasten des Grundstücks Kat.-Nr. UN4353 für den Einbau einer Sekundarschule in das Radiostudio Brunnenhof mit einer Baurechtsdauer von 50 Jahren und einem Baurechtszins von jährlich Fr. 420 000.–, gestützt auf den am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen (Beilage 1). Der dem Baurechtszins zugrundeliegende Landwert wird alle



8 / 8

fünf Jahre zu 80 Prozent der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst (Preisstand: Zeitpunkt des Vertragsvollzugs).

2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die beiden Optionen zur Verlängerung der Baurechtsdauer um zwei Mal 25 Jahre gemäss dem am 22. Dezember 2020 öffentlich beurkundeten Baurechtsvertrag mit der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen auszuüben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. Dezember 2021 gemäss Art. 10 und Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 21. Februar 2022)

**4735. 2021/442**

**Postulat von Ronny Siev (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 10.11.2021:  
Nutzung des bisherigen Büroraums der Kreisschulbehörde Waidberg als  
Wohnraum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2012/246, Beschluss-Nr. 4733/2021

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4587/2021).

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 1. Dezember 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 49 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat